

Was nun?

Die Veränderungen in der DDR und die nationale Gemütslage in der Bundesrepublik

Jemand sprach von „germanozentrischer Gefühlslage“. Es war ein Ausländer, kein Deutscher. Er meinte damit nicht die Freudenszenen und Umrarmungen an den Berliner Sektorenübergängen und an der deutsch-deutschen Grenze, als sich diese für DDR-Bürger am 9. November abends plötzlich öffneten, und auch nicht den überwiegend enthusiastischen Empfang, den in den grenznahen Orten und Städten Bundesbürger einströmenden DDR-Bürgern bereiteten. Er sprach damit vielmehr eine *Grundstimmung* an, die er seit dem Umschwung in der DDR in der Bundesrepublik feststellen zu müssen glaubte: in freudiger Fremdvergessenheit eine Konzentration auf das Deutsch-Deutsche: in der Politik, in der Öffentlichkeit, auch in den privaten Gesprächen und vor allem in den *Medien*.

War damit etwas Richtiges festgestellt? Man kann es mit Distanzierung und Nüchternheit gegenüber nationalen Vorgängen in einem bestimmten Volk auch übertreiben. Daß Deutsche in diesen Novembertagen schwärmten, wer möchte es ihnen verdenken? Standen doch alle im Banne von Vorgängen von wirklich geschichtlichem Rang. Mit dem von den demonstrierenden Massen in Leipzig, Dresden, Halle, Schwerin, Berlin und dem Exodus von DDR-Deutschen in die Bundesrepublik erzwungenen Umschwung in der DDR und den Öffnungen in der Berliner Mauer wurde nicht nur der Eiserne Vorhang an seiner dichtesten und zugleich empfindlichsten Stelle durchlässig, sondern die ganze, durch die Ost-West-Konfrontation aufgezwungene Nachkriegsordnung war ins Wanken, wenn nach den vorausgegangenen „Revolutio-

nen“ in Polen, in der Sowjetunion und in Ungarn nicht gar an ihr Ende gekommen.

Mit der *Öffnung der Grenzen* in Deutschland schien sich nun das ganze kommunistische Zwangssystem wenn nicht aufzulösen, so doch gerade dort zu lockern, wo es vor kurzen noch am wenigsten vermutet worden war. Gemessen an der Öffnung der Grenzen in Berlin und an Elbe und Werra, war das Abtragen des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze nur eine vergleichsweise harmlose Vorübung. Das westliche (und östliche) Ausland geriet darüber nicht minder in Erregung, und das wache politische Interesse an den deutsch-deutschen Vorgängen reichte, wie Reisende berichteten, bis ins ferne Indien. Was Wunder also, wenn Deutsche in diesen Tagen und Wochen voll mit sich selbst beschäftigt waren?

Dennoch: so schlechthin abgewiesen oder als ärgerlicher Ausdruck vergrätzter Außenbeobachter abgetan sollte das Wort von der germanozentrischen Gefühlslage nicht werden. Es war schon auffallend, wie rasch in der Bundesrepublik – nur von dieser ist hier die Rede – mit den Ereignissen in der DDR alle politische Aufmerksamkeit für Nichtdeutsches verschwand – vor allem in den Medien. Man mußte in den Novembertagen in mancher Zeitung sehr lange blättern, um etwas zu finden, was nicht direkt oder indirekt mit Deutsch-Deutsch zu tun hatte. Das übrige Weltgeschehen, auch die Vorgänge östlich von Oder und Neiße, wurden offenbar nur noch als nebliger Hintergrund wahrgenommen. Selbst der *Polenbesuch* des Bundeskanzlers mit seinen deutsch-polnischen Unwegsamkeiten und künstlichen Aufgeregtheiten wurde zu einem Ereignis nur noch dritten Ranges – nicht weil der Kanzler den Besuch wegen der Ereignisse in Berlin unterbrach, sondern weil kaum noch Aufmerksamkeit dafür übrigblieb.

Nach dem Hick-Hack im Vorfeld des Besuches und der reichlichen Kritik in seiner Vorbereitung war das geradezu eine Grotteske. Den Vogel schoß dabei das ZDF ab, das am letzten Tag des Polenbesuches Helmut Kohls in seinem

Heute-Journal eine Viertelstunde vom Brandenburger Tor sendete, wo – zu der Zeit – nichts geschah, und dann nur kurz den Besuch des Bundeskanzlers in Auschwitz einblendete, nicht ohne zu vermerken, daß sich dieser dort nur eine gute Stunde aufgehalten habe. Die Unterzeichnung der deutsch-polnischen Schlußerklärung vom gleichen Tag, um die Wochen und Monate gerungen worden war und die für das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen sicher auch von geschichtlicher, nicht nur aktueller Bedeutung war, ließen die Mainzer in dieser Sendung ganz aus. Man hätte eine Satire schreiben können über Sensation und Substanz in den elektronischen Informations- und Unterhaltungsmedien.

Ein Einzelfall? Gewiß nicht. Es wirkte schon geradezu unwirklich, als einen Tag nach der Öffnung der Grenzen ein Reporter des Deutschlandfunks den Caritasdirektor einer Ruhrstadt aus einer Krisensitzung holte und zu den Unterbringungsschwierigkeiten von DDR-Übersiedlern befragte und dieser antwortete, die Wohlfahrtsverbände hätten es mit drei Gruppen zu tun: mit *Umsiedlern*, *Aussiedlern* und *Asylanten*. Als der Caritasmann dies seelenruhig wiederholte, verschlug es dem Reporter die Sprache. Wie konnte in dieser Zeit jemand darauf bestehen, daß es noch andere Menschen und Notlagen gibt? Daß der Aufbruch in Polen und Ungarn die Öffnung der deutsch-deutschen Grenzen erst mit ermöglicht hatte, erwähnten gerade noch der durch Polen reisende Bundeskanzler und Kardinal *Meisner* in Köln. Auch die *EG* und die Vollendung des Gemeinsamen Marktes Ende 1992 schienen vergessen.

Hatte sich da etwas gedreht? Überlagert nun das Nationale wieder das Europäische? Es fiel auf, wie sehr Brüssel und Paris gerade in diesen Wochen auf die Verwirklichung des EG-Europa mit Öffnungsmöglichkeiten nach Osten drängten, während in der Bundesrepublik alle National-Konservativen die *deutsche Wiedervereinigung*, und zwar nicht als fernes Ziel, sondern als aktuelle Forderung nach vorne schoben. Und ganz und gar überrascht

haben auch medial transportierte Stimmen aus dem Volk nicht, wie die: Wenn man fremde Gäste habe und Verwandte kämen, dann müßten die fremden Gäste eben raus.

Es wird angesichts der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik nicht schwerfallen, das Umsiedlerproblem mittelfristig trotz gegenwärtiger Notlagen zu lösen. Schwieriger wird es schon, im Umgang zwischen Bundesrepublik und DDR – vorausgesetzt, daß die Reformen dort weitergehen – zu politischen und wirtschaftlichen Lösungen zu finden, die eine eigenständige Entwicklung der DDR in gegenseitiger Annäherung ermöglichen. Nicht minder schwierig dürfte es aber mit den nationalen Stimmungen werden, die sich jetzt breitmachen, und mit der Frage, ob Deutsche die Überzeugung und Geduld aufbringen, um mit der Wiedervereinigung so zu warten und zu verfahren, daß sie das Zusammenwachsen freier europäischer Völker nicht stört, sondern fördert. Auf jeden Fall beginnt der *Ernstfall der „Bewältigung“ deutscher Vergangenheit* erst jetzt, wo nationale Gefühle wieder aufbrechen, sich ungehemmt äußern und sich auch politisch großräumig auswirken können. Im Verhältnis dazu war alle „Vergangenheitsbewältigung“ bisher einschließlich des ziemlich überflüssigen Historikerstreits Vorspiel, wenn nicht gar Geschwätz.

se

Versöhnung?

Der Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Polen

Man möchte an eine List der Geschichte glauben. Denn wie hätte die schicksalhafte Verknüpfung von deutscher und polnischer Gegenwart sinnfälliger und wie in einem Brennglas konzentriert sichtbar gemacht werden können, als es in dem scheinbar naturwüchsigen Geschehen – wo in der Welt gab es da einen politischen Plan, eine Konzeption, eine Strategie – um den 9. November 1989 in der Mitte

Deutschlands und in Polens Hauptstadt abließ? Nichts schien geplant, und alles hatte einen historischen Sinn – selbst wenn die politischen Protagonisten ihn nicht ganz erfaßten oder ihm keinen verbalen Ausdruck zu verleihen imstande waren. Wer heute danach fragt, ob in *Warschau* oder in *Kreisau* von Deutschen vielleicht eine unwiederbringliche Chance vertan worden ist, angesichts des vulkanischen Ausbruchs im Herzen Deutschlands den zuerst und zutiefst betroffenen Polen spontan eine politische Geste zu offerieren, die eine Beschränkung auf das völkerrechtlich Gültige weit hinter sich gelassen hätte, findet keine befriedigende Antwort.

Historisch waren die Ereignisse in Berlin, historisch war auch der Kanzlerbesuch in Polen – trotz aller Peinlichkeiten im Vorfeld und während der Visite. Denn mit *Helmut Kohl* trat am 9. November 1989 erstmals ein deutscher Kanzler polnischen Bodens, der das konservative politische Spektrum der deutschen Demokratie repräsentiert. Schließlich ist von entscheidender Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert der politische Ausgleich, ja die Freundschaft mit Polen, die von *allen* demokratischen Kräften in Deutschland getragen wird.

Willy Brandt kam das historische Verdienst zu, mit der Unterschrift unter den Warschauer Vertrag, der die territoriale Integrität Polens in Zukunft der politischen Infragestellung entziehen sollte, und mit dem Kniefall vor dem Denkmal der jüdischen Ghettohelden die unabdingbaren politischen und psychologischen Voraussetzungen für den allmählichen Prozeß der vielberufenen Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen geschaffen zu haben.

Mit einem historischen Durchbruch am Ende des Jahres 1989 konnte ein neuer Meilenstein der deutsch-polnischen Verständigung erreicht werden. Polen hat erstmals seit der Wiedergewinnung seiner Staatlichkeit im Jahre 1918 *die* Deutschen als Freunde und als aktive Förderer beim Wiederaufbau einer Wirtschaft, die von der letzten kommunistischen Regierung in

ruinösem Zustand hinterlassen wurde. Der so vielbeschworene Durchbruch im 50. Jahr nach dem deutschen Überfall auf Polen ließ zwar einige Monate länger auf sich warten, als es viele für angezeigt hielten. Im nachhinein kann sich der Bundeskanzler mit seinem Zögern im Recht fühlen, geht doch jetzt das Angebot der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe und Kooperation beim marktwirtschaftlichen Umbau der Wirtschaft in Polen an eine aus der „Solidarność“-Bewegung und anderen nichtkommunistischen Kräften hervorgegangenen Regierung.

Die hektischen Aktivitäten unmittelbar vor der Abreise von *Helmut Kohl* nach *Warschau*, die letzten und allerletzten „Feinabstimmungen“ von Programmpunkten machten nochmals schmerzlich deutlich, daß ungeachtet der Bereitschaft der verantwortlichen Politiker zu einer dauerhaften Aussöhnung politische Rücksichten zu nehmen sind. Da ist nicht nur an deutsche Völkerrechtsvorbehalte und Vertriebenenpolitiker zu denken. Auch einer nichtkommunistischen Regierung in *Warschau* mußte es nicht automatisch leichter fallen, den Blick unbeirrt nach vorne zu richten, wenn sie unter den Druck von sich national gerierenden Kommunisten und eines in nationaldemokratischen Vorkriegstraditionen gefangenen Primas gerät.

Ungleichzeitigkeit ist ein anderes Hindernis auf dem Weg zur Aussöhnung. Man fühlte sich in eine andere Welt versetzt, wenn man auf die Geschehnisse und in die Gesichter der Gläubigen auf dem ehemaligen Gut *Kreisau* blickte. Es fällt schwer, sich vorzustellen, die Schlesier, die dort der Versöhnungsmesse beiwohnten, hätten den zwischen dem polnischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler ausgetauschten Friedensgruß wirklich verstanden und angenommen. Versöhnung und Europa sind für sie noch abstrakte Größen. Die „Zivilisation der Liebe“ muß hier erst noch hingetragen werden – von Deutschen und Polen. Warum muß *Bischof Nosol* bei den Seinen in *Warschau* und anderswo so sehr darum kämpfen? Mit *von der Geschichte Vergessenen* wurde der Kanzler auch während sei-